



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XVII/97 - 8. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 880

Was veröffentlichten in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |   | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1             | <u>Kanzler-Rabatt für Athen</u><br>Wo geht die Reise hin?   | 47             |
| 2             | <u>Zweite Runde FIBAG-Ausschuss</u><br>Von Wolfgang Jansen  | 36             |
| 3 - 4         | <u>"Wo Kaiser und Könige versagten"</u><br>Gedenkstätte für Friedrich Ebert,<br>den "Lincoln der deutschen Geschichte"<br>Von Hans Dietz. MdL | 64             |
| 4             | <u>Grewe</u><br>Eine notwendige Aberufung   | 31             |
| 5 - 7         | <u>Chinas "grosser Sprung" zur Atombombe</u><br>Die Spannungen mit der Sowjetunion<br>Von Erwin Erasmus Koch                                  | 138            |

\* \* \*  
\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kanzler-Rabatt für Athen

Wo geht die Reise hin?

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich in Berlin sehr pessimistisch zu den vorsichtigen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über eine mögliche Entspannung in der Berlin- und Deutschlandfrage geäußert. Das überrascht eigentlich nicht, denn der Bundeskanzler hat seit Wochen in mehr oder weniger vertraulichen Unterhaltungen die Meinung seines Freundes de Gaulle geteilt, es werde bei diesen Fühlungsnahmen doch nichts herauskommen.

Ob aber jetzt durch die pointierte und ausgerechnet in Berlin erfolgte Stellungnahme des Bundeskanzlers das nach den Athener NATO-Verhandlungen mehrfach als günstig bezeichnete Verhältnis Washington-Bonn verbessert worden ist, muss abgewartet werden. Schliesslich bedeuten ja Adenauers Berlin-Bemerkungen nicht mehr und nicht weniger als eine Art Rabatt auf jene Darstellungen des Bundesauszenministers und des Verteidigungsministers, in denen nach Abschluss der Athener Beratungen erklärt worden war, es sei nun alles bestens zwischen Bonn und Washington geregelt und es bestehe nicht der geringste Anlass, heute noch von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten unter den westlichen Bündnispartnern zu reden.

Auch das Verhalten und die Ausdrucksweise von Bundesverteidigungsminister Strauss in einer Fernsehdiskussion am Montagabend verdient festgehalten zu werden. Herr Strauss ist zweimal der ihm vom sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. M e r t e n gestellten Frage ausgewichen, welches nunmehr die eigentlichen Ziele der Bundesregierung bezüglich der atomaren Bewaffnung der europäischen NATO-Partner seien.

Natürlich konnte man von Herrn Strauss nicht erwarten, dass er alle Karten aufdecke. Aber immer nur davon zu reden, man werde jetzt daran gehen, einen gemeinsam gesteckten Rahmen auszufüllen, war denn doch für einen Verteidigungsminister etwas dürftig.

W a s soll ausgefüllt werden? W a s gehört in diesen Rahmen hinein? - so wird sich der Durchschnittsbundesbürger fragen, der einmal den Pessimismus des Herrn Bundeskanzlers zur Kenntnis nehmen musste, ein arbeitslos gespannt darauf wartete, von Herrn Strauss zu hören, wie es nun weitergehen soll.

Diejenigen aber, die sich von Berufs wegen stündlich und täglich mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigen müssen, werden hellhörig geworden sein, als sie heute früh die dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle nächstehende Zeitung "Paris Jour" lasen, in der es zur Athener NATO-Konferenz heisst:

" - die Debatter (in Athen) haben gezeigt, dass sich Frankreich und in gewissem Maß die Bundesrepublik Deutschland nicht hinter die diplomatische Operation Washingtons stellen, wie es erhofft wurde".

Der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister geben also wieder einmal dem deutschen Volk und seinen Alliierten Rätsel auf. Zugegeben, die Dinge sind sehr kompliziert. Einerseits darf das deutsch-amerikanische Verhältnis nicht getrübt werden, andererseits ist ein gutes deutsch-französisches Verhältnis die Grundlage für eine konstruktive Europapolitik.

Die hier sich möglicherweise ergebenden Überschneidungen aufzuzeigen, halten wir für unsere Pflicht.

Zweite Runde FIBAG-Ausschuss

von Wolfgang Jansen

Rund drei Wochen haben die Mitglieder des FIBAG-Ausschusses Zeit und Gelegenheit gehabt, den Berg von Protokollen durchzuarbeiten und noch einmal die öffentlich durchgeführten Zeugenvernehmungen Revue passieren zu lassen. Sie konnten dabei feststellen, daß so manche Frage noch nicht im erwünschten Ausmass geklärt ist, daß aber doch andererseits eine ganze Anzahl von Tatbeständen ihre Klärung gefunden hat. Jeder für sich wird sich die Frage vorgelegt haben, ob eine weitere Aufhellung der Affaire möglich und sinnvoll ist.

Im großen und ganzen wird man dem Ausschuss bescheinigen müssen, daß er gründliche Arbeit geleistet hat. Versuche einiger Zeugen wie z.B. des Dr. Kapfinger, durch aggressive Bemerkungen die Arbeit einzelner Ausschussmitglieder abzuwerten und den Eindruck hervorzurufen, als seien hier drei Staatsanwälte und vier Verteidiger am Werk, haben zwar allenfalls dann und wann eine gereizte Stimmung hervorrufen können, sind aber im wesentlichen gescheitert. Ungeachtet solcher Zwischenfälle muß der objektive Betrachter anerkennen, daß sich der Ausschuss bisher als eine Einheit dargestellt hat, in der er eine vom gesamten Bundestag erteilte Aufgabe durch das Zusammenwirken aller seiner Mitglieder zu lösen suchte.

In Kürze wird dieser Ausschuss nun mit der zweiten Runde beginnen, mit der Erstellung des Berichts, der dem Bundestag vorgelegt wird und in dem der vom Ausschuss festgestellte Sachverhalt niedergelegt wird.

Theoretisch bestehen dabei zwei Möglichkeiten: Entweder einigt sich der Ausschuss auf einen Bericht, dem a l l e seine Mitglieder zustimmen können, Oder eine Minderheit des Ausschusses sieht sich durch das Verhalten der Mehrheit gezwungen, einen eigenen Minderheitsbericht zu erstellen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die zweite Lösung denkbar schlecht wäre. Sie wäre der Würde des Parlaments abträglich, daß diesen Ausschuss in seiner Gesamtheit eingesetzt hat und dem ihrerseits alle Ausschussmitglieder gemeinsam verpflichtet sind. Darum sollten weder vorweggenommene Polemiken, noch verfrühte Ehrenerklärungen in diesem Bericht ihren Platz haben. Eine nüchterne und sachliche Feststellung und Würdigung der ermittelten T a t b e -  
s t ä n d e sollte dieser Bericht zum Inhalt haben.

+ + +

"Wo Kaiser und Könige versagten"

Gedenkstätte für Friedrich Ebert, dem "Lincoln der  
deutschen Geschichte"

Von Hans Dietz, MdL

"Wenn über Deutschland und Europa einst die Fahne des wahren Friedens weht und gerecht verteilter Wohlstand herrscht, wird sich an Deinem Hügel neigen die deutsche Nation", rief Reichstagspräsident Paul Löbe vor siebenunddreissig Jahren in seinem Nachruf an der Bahre des toten Staatsoberhauptes vor dem Ehrenportal des deutschen Reichstages in Berlin aus.

Noch hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt, aber die ihr innewohnende Sehnsucht nach nationaler Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit gehörte wohl mit zu den Beweggründen der Stadt Heidelberg und der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem "Abraham Lincoln der deutschen Geschichte", die Theodor Heuss den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert nannte, eine neue nationale Gedenkstätte zu gestalten.

Die winzige Dreizimmer-Wohnung in der idyllischen Heidelberger Pfaffengasse ist kein Kleinmuseum geworden, in dem mit rührender Sentimentalität persönliche Erinnerungsstücke eines grossen Deutschen aufbewahrt werden. Das Geburtshaus Friedrich Eberts, das Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke zu Beginn dieser Woche mit einem Festakt in der Aula der Universität Heidelberg als Gedenkstätte der deutschen Öffentlichkeit übergeben hat, strahlt auch jetzt noch jenen Geist aus, der das Leben und Wirken von Friedrich Ebert beseelte. Bildplatten, Photographien, Briefe, Handschriften und Zeitdokumente zeigen eindrücklich und manchmal ausserordentlich bewegend, wer Friedrich Ebert war, woher er kam und wohin ihn sein Weg führte.

"Deutschland hat zum erstenmal erlebt, dass ein Mann aus den unteren Volksschichten zur Würde eines Staatsoberhauptes emporstieg. Wo Kaiser und Könige, Fürsten und Junker versagt hatten," schrieb Friedrich Stampfer in seinen Erinnerungen, "musste der ehemalige Sattlergeselle Ordnung schaffen". Zum Wesenszug der an sich nüchtern und sachlich eingestellten Persönlichkeit von Friedrich Ebert gehörten die Konzilianz, der Ausgleich und die Vermittlung. Er wurde dabei jedoch nie seinen Grundsätzen untreu. Er blieb, was er vorher war und was er bei seiner Amtsübernahme versprochen hatte:

- \* "Ich bekenne, dass ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Welt des Sozialismus und dass ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin".

Von der spartanischen Einfachheit und Sparsamkeit des ersten Reichspräsidenten zeugen nicht nur die vielen Anekdoten und das verräucherte Pfeifenstrige Zimmer, in dem er in Berlin amtierte, sondern auch ein Dokument vom 15. Oktober 1923, das jetzt in der Küche der einstigen Ebertschen Wohnung hängt und mit dem Ebert angesichts der finanziellen Not des Reiches auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung verzichtete.

Friedrich Ebert legte die Fundamente des neuen deutschen Staates in einer Zeit, die graduell gleiche, wenn nicht grössere Schwierigkeiten

zu überwinden hatte wie die Gegenwart - Ebert wusste dabei aber immer, dass Politik zwar vom Herzen getrieben, aber mit dem Kopf gemacht werden musste. Das Friedensdiktat von Versailles, die Ruhrbesetzung, die Inflation, Angriffe von Links und die Putschs von Rechts bedrohten Deutschland von aussen und von innen. Friedrich Ebert trug die Last der Verantwortung an erster Stelle und auf ihn konzentrierten sich die Angriffe seiner Widersacher. Wie Abraham Lincoln, der 15. Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hatte auch Ebert die Geschicke seines Volkes in einem Augenblick in die Hand genommen, als die Not des Vaterlandes am grössten war. Wie Lincoln den Geist der Unabhängigkeitserklärung verwirklichen wollte, war es auch der Glaube Eberts, dass "alle Menschen frei und gleich geschaffen" sind. Diesem Glauben galt sein ganzes Wirken.

Die Heidelberger Schulkinder hatten aus Anlass der Einweihung der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte schulfrei. Sie werden die ersten sein, die nach dem Bundespräsidenten die Pfaffengasse besucht haben, um deutsche Geschichte unmittelbar zu erleben. Die Gedenkstätte in Heidelberg ist mehr als die nachträgliche Würdigung der Verdienste des grossen Staatsmannes und Politikers Friedrich Ebert. Seine Gedenkstätte lässt auch der Weimarer Republik Gerechtigkeit widerfahren, die ihr im deutschen Geschichtsbild viel zu lange verweigert worden ist.

+ + +

Grewe

ler. Der deutsche Botschafter in Washington, Grewe, wird in 14 Tagen von Aussenminister Schröder zur Berichterstattung nach Bonn berufen werden. Eine Rückkehr auf den zur Zeit wichtigsten Posten, den die Bundesrepublik zu vergeben hat, kommt nun nicht mehr in Frage. Der Völker- und Staatsrechtler Grewe, viele Jahre lang neben Hallstein der Chefarchitekt der bundesrepublikanischen Aussenpolitik und Vertrauter Adenauers, musste sich in der letzten Zeit ziemlich überflüssig vorkommen. Sein einst so guter Draht zu den höchsten amerikanischen Regierungsstellen funktionierte nicht mehr seit dem Beginn der Ära Kennedy. Die noch anstehenden amerikanisch-sowjetrussischen Berlingespräche, die nach Adenauer ohnehin zur Ergebnislosigkeit verurteilt sind, werden über seinen Kopf geführt, eine für einen Botschafter besonders peinliche Situation. Hat es Grewe an Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen gefehlt, da er nun nicht mehr das Ohr des neuen US-Präsidenten und seiner Umgebung fand? Oder vertrat er eine an früheren und jetzt schwankend gewordenen Denkkategorien orientierte Linie, die nicht mehr in das Jahr 1962 passt und die in Widerspruch gerät zu dem Bestreben Kennedys, letzte Möglichkeiten eines erträglichen modus vivendi auszuschöpfen?

Die politischen Vorstellungen des ohne Zweifel wissensreichen Mannes, der in Treue und Hingabe seinem obersten Chef diente, lassen sich an zwei Beispielen demonstrieren: als Leiter der deutschen Beobachterdelegation beim Vierertreffen in Berlin im Jahre 1954 suchte er die Eden-Vorschläge zu disqualifizieren, indem er das Gerücht verbreiten liess, sie stammten aus der deutschen Küche - die entsprechende russische Reaktion blieb nicht aus. Wenige Jahre später verkündete er als Alternative zu freien Wahlen vor amerikanischen Journalisten, er könne sich eine Beschleunigung der Wiedervereinigung auch vor einem neuen Volksaufstand in der Zone versprechen ... Ein Mann mit solch merkwürdigen Ideen ist wohl denkbar ungeeignet, heute die deutsche Position in Washington zu vertreten. Niemand kann eben über seinen eigenen Schatten springen. Seine Abberufung ist unvermeidlich geworden.

+ + +

- 5 -

## Chinas "grosser Sprung" zur Atom Bombe

Von Erwin Erasmus Koch

Dicht hinter der Grenzstadt der New Territories, wenige Meilen jenseits Lo Wu's, liegt auf rotchinesischem Territorium Shum Chun, ein unbesiedeltes Dorf, wie viele andere auf der Bahnstrecke, die in Kanton den Anschluss nach Peking gewinnt. Der Zug fährt durch die subtropische Niederung, der Himmel azurblau, und Lämmerwolken segeln dahin. Auf den Reisfeldern arbeiten Kolonnen der Kommune Shum Chun, Männer und Frauen in blauen, hochgeschlossenen Anzügen, den Kopf mit der flachen Mütze bedeckt, jeder derart ein "Bannerträger der Revolution, ein Abbild des "Dschusi" Mao Tse-tung, des "Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas. Über einen eingezäunten Acker streicht der Wind, er schüttelt faustgrosse Blüten des Korns, Manche Staude trägt schon die ausgewachsene Samenkapsel. Wenn man sie ritzt, wird ihr milchiger Saft schnell zur braunen Masse. Das so gewonnene Opium nimmt seine Weg im organisierten Schmuggel zum Westen, ein lukratives "Exportgut" in der Handelsbilanz der Volksrepublik.

Zur Zeit steht in Shum Chun die Ernte noch aus, aber sie wird bald unter strenger Aufsicht der Kommune-Miliz durch "Junge Pioniere" stattfinden. (Ich erfuhr diese Einzelheiten allerdings erst später in Macao von einem Riksha-Kuli, der den "Jungen Pionieren" und der Volksrepublik den Rücken gekehrt hatte.) Die Bauern von Shum Chun setzen Reisschösslinge, Männer und Frauen verrichten schweigend ihre Arbeit, kaum einer blickt davon auf. Geschieht es aber, so ist die Miene abgestumpft, leer. Das "Soll" füllt offensichtlich jedes Denken aus, möglichst ein "Übersoll" aus Dankbarkeit an die "herrliche Partei", wie sie der Dschusi zur heiligen Pflicht macht. Ein reichliches Dutzend der Klischees Maos tritt ein riesiges Rad, dessen Wasserkübel drehen sich, und das Nass fliesst abwärts durch einen Graben in den Sumpf des Feldes. Arbeitskräfte sind in Überfülle vorhanden, Tag für Tag kommen dreissigtausend Neugeborene zu den fünf-hundert Millionen Bauern hinzu. Die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit hat daher noch lange Aufschub.

### Stoff für Rätselraten

Das Rätsel China offenbart sich schon in diesen Sklaven der ersten Kommune des Südens, ein ganzes Team von Experten brütet in Hong Kong darüber. Die Nachrichten aus der Volksrepublik Chung-hua Jen-Min Kung Ho-kwo widersprechen eine der anderen. Demnach müsste Mao an seinen Hungernöten sowohl verzweifeln als auch geradezu neue Kraft, die strategische Reserve, gewonnen haben. Die Industrien im Nordwesten und Nordosten wären Potemkinsche Dörfer, andererseits produzierten die Plutonium-Reaktoren in Sinkiang ein Übersoll des nuklearen Sprengstoffs. Das kommunistische Schisma sei durch den sturen Mao vollzogen, das unwandelbare Freundschaftsbündnis zwischen dem Kreml und dem Tien An Men aufgelöst. In der nächsten Version besteht es unerschütterlich, der Dschusi weiche keinen Ausbreit von der geheiligten Sowjetideologie ab. Der Exodus russischer Techniker lasse keinen Zweifel an der tief aufgerissenen Kluft, zugleich aber bauten sowjetische Ingenieure ein neues Brückenwunder über den Hoang Ho wie zuvor am Yangtse. Was ist unter diesen lustigen Meldungen wahr, was unwahr?

Nach neuester Lesart hat Tschoun En-lai endlich die schweren wirtschaftlichen Rückschläge eingestanden und den sowjetischen Führungsanspruch im roten Block bedingungslos anerkannt. China sei in den zweiten Platz der kommunistischen Oligarchie zementiert worden. Wenige Wochen zuvor sprach ich mit einem Funktionär der KPCh im Verlagshaus der "Pekinger Volkszeitung" zu Macao. Ich spielte auf die Gegensätze zum sowjetischen Kommunismus an. Darauf zitierte der Propagandist, wohl vorbereitet, einen Ausspruch Mao Tse-tungs: "Man kann sich nicht die Füße beschneiden, damit sie in die Stiefel passen!" Ich blätterte dabei in einer englischen Übersetzung von Mos "Strategischen Fragen des revolutionären Krieges". Auf Seite 92 fiel mir ein Leitsatz auf: "Wenn wir uns in eine Rauferei eingelassen haben, aber nicht siegen können, dürfen wir sie nicht fortführen. Ein solches Absetzen bedeutet jedoch nur, dass wir die Notwendigkeit des Kampfes anerkennen. Wir müssen uns stets den Besonderheiten einer Situation anpassen".

### China und die Koexistenz

Die "Rauferei" mit dem Kreml und ihr vorläufiger Ausgang bedürfen, so gelesen, keines weiteren Kommentars. Bisher richtete sich die ideologische Auseinandersetzung vor allem wider die sowjetische These der Koexistenz. Wer glaubt, dass sich der Dechusi auf sie eingelassen habe, dürfte sich gründlich irren. China schliesst auf dem Festland eine Fläche von rund neun Millionen Quadratkilometern ein. Nur ein Achtel davon kann in absehbarer Zeit der Ernährung seiner 750-Millionen-Bevölkerung dienen. Da täglich vierzigtausend Neugeborene hinzukommen, greift die Volksrepublik über Nordvietnam nach den Reiskammern Südostasiens. Die Koexistenz mag für den Satten, sie kann aber nicht für den Habenichtsa gelten. Ein anderer Expansionsstoss zielt unter dem explosiven Massendruck nach Indien, zum Indischen Ozean. Mao erklärte ein für allemal dazu, dass er "das Banner des gerechten Krieges zur Rettung Chinas entfalten" werde. Wer will noch daran zweifeln, dass jedenfalls die herrschende Alte Garde der "Partei der Güterverteilung" den dritten Weltkrieg führen würde, wenn sie es nur könnte?

Zu den behaupteten Hungersnöten und dem damit angeblich verbundenen In-die-Knie-Gehen Chinas: Sie haben zweifellos, wenn auch kaum oder jedenfalls nicht von nennenswerten Aufständen begleitet, stattgefunden. Ich sah in Saun Chun die Reiszuteilungen, die den "Kameraden" der Kommune gewährt werden, für jeden zwei Hände voll, am Morgen und Abend. Die drei Missernten der Jahre 1960/61 verschärften weiter den ohnehin bestehenden erheblichen Mangel an Öl und Zucker. Fleisch gab es seit Monaten überhaupt nicht mehr, wohl dagegen in sogar reichlichen Mengen getrockneten Fisch. Zweifellos unterschritten die Kalorien das Existenzminimum, von einer Hungersnot konnte jedoch nicht die Rede sein. Der schon erwähnte Kuli erklärte mir in Macao, dass es seit zehn Jahren niemals besser mit der Ernährung bestellt gewesen wäre. Selbst diese mageren Rationen hätten indessen bei weitem die Versorgung während der drei Jahrzehnte des "Befreiungskrieges" der Kommunisten gegen den "Opportunisten Tschiang-Kai-schek und die Imperialisten" übertroffen, insoweit

sprach auch dieser Kuli noch im Parteijargon. Er gehörte nun zu den fünfzig Millionen "Auslandschinesen", und über sie soll noch berichtet werden.

### Grösste Weizenkäufe der Weltgeschichte

Der Nahrungsmangel, im übrigen seit Jahrtausenden eine gewöhnliche Erscheinung in China, zwang das Regime zu vermehrten Reiseinfuhren aus Burma, es nahm auch "die grössten Weizenkäufe der Weltgeschichte" in Kanada vor. Die "Pekinger Volkszeitung" kommentierte sie, und diese Glosse wurde aus ungezählten Lautsprechern im gesamten riesigen Reich der Mitte verbreitet. Der Dschusi habe in seiner Weisheit noch einmal bewiesen, dass er "ein Recht nicht nur auf die Arsenale, sondern ebenso auf die Versorgungsmagazine des Westens" habe. Alle Not aber wäre beendet, wenn der Reis Südostasiens nach China verfrachtet werde.

Ist wegen dieser Missernten und des entgegen den sowjetischen Warnungen vorgenommenen für den chinesischen Kommunismus entscheidenden Experiments der achtzehntausend Kommunen der "Grosse Sprung vorwärts" fehlgeschlagen? Informative Darlegungen, die dahin zielen, sind zweifellos unrichtig. Dieser "grosse Sprung" betrifft nur zum geringen Teile die Landwirtschaft, sein bei weitem wesentlicheres Ziel stellt die im Soll des dritten Fünfjahresplans gesteigerte Industrialisierung dar, den Eintritt Chinas in die Reihe der wirtschaftlichen Grossmächte. Das Ziel muss aber keineswegs 1963 erreicht werden. Mao will ihm dann nur näher gekommen sein. Er hat, soweit steht fest, im Fernen Westen, in Sinkiang, in Kukuor und auf der Zaidam-Salzsteppe, neue, ausgedehnte Lagerstätten an Erdöl, Steinkohle, Erzen und Uran erschlossen. Er hat überdies im Nordosten die von den Japanern errichteten Industriegebiete erweitert.

### Noch keine Atommacht

Die sowjetische erste Hilfe war dabei von entscheidender Wichtigkeit. Sie galt auch dem Bau der drei Kernbrennstoffreaktoren in Sinkiang, dem autonomen Gebiet dicht vor Tibet. Aber sie sollte nur für den Anlauf gewährt werden. Die "selbstlose Freundschaft" ging nicht so weit, dass "den chinesischen Brüdern" die Bezahlung erlassen wurde. Mao musste also darauf bedacht sein, möglichst schnell auf eigenen Füüssen zu stehen, und er befahl, dass seine Völker den Gürtel enger schmallen. Unterdessen brachten westliche Nachrichtendienste die Meldung zustande, in der Gobi seien chinesische Ingenieure dabei, die Stahlgerüste für die Erprobung der ersten Atombomben aufzustellen. Das mag sein. China arbeitet zumindest seit 1953 an eigenen nuklearen Waffen. Selbst wenn es in einigen Monaten den Asiaten und der übrigen Welt einen nuklearen Urknall demonstriert, ist es noch bei weitem keine Atommacht. Immerhin wäre dann der "grosse Sprung" zur Kernwaffe vollzogen. Mit Sicherheit hat China den Ansatz dazu längstens unternommen. Des Dschusi martialische Thesen, siehe "Die strategischen Fragen des revolutionären Krieges in China" hätten sonst keinen Sinn mehr.